

- ☐☐ **Märkte vor dem Kollaps? Weltweit Finanzblasen, Inflation und Überschuldung**

Die neue Hegemonial- und Wirtschaftsmacht China könnte bereits kollabieren, ehe sie die USA als alte bestimmende Weltmacht endgültig verdrängt hat. Auch in China wächst derzeit eine gewaltige Immobilienblase. Das sagte Börsenexperte Dirk Müller auf n-TV. Beteiligt sei daran auch die amerikanische Zentralbank FED, die Geld an die amerikanischen Banken ausbe, die dieses wiederum in die asiatischen Finanzblasen pumpen und damit auch die Inflation der Region anheizen.

Die amerikanischen Haushalte und damit auch die am Boden liegende amerikanische Konjunktur würden dagegen leer ausgehen. Zu befürchten sei, dass ebenso wie Griechenland die weitaus höher verschuldeten USA bald zahlungsunfähig seien. Viele Bundesstaaten würden ihre Haushalte bereits heute zur Hälfte über Schulden finanzieren. An der Wall Street würde zunehmend auf die Pleite von Bundesstaaten gewettet.

Weltweit werde die wirtschaftliche Entwicklung von

mehreren Damoklesschwertern bedroht. Neben der Inflation und Verschuldung asiatischer Staaten sei dies besonders auch die nahezu faktische Pleite der USA, hohe und steigende Rohstoffpreise, sowie die Verschuldung und Währungskrise in Europa.

Auch in Europa nehme die Überschuldung überall zu, ohne nennenswertes Wachstum. Einzig Deutschland weise derzeit noch Wachstum auf. Andere Kritiker verweisen aber darauf, dass das deutsche Wachstum insbesondere auf den starken Export zurückzuführen sei. Dieser werde aber in absehbarer Zeit einbrechen, da im europäischen Ausland massive Sparmaßnahmen eingeführt werden würden.

Zudem laufen Konjunkturprogramme aus, und Niedriglohnstrukturen würden wie bereits in Deutschland ebenfalls zunehmen. Die Nachfrage nach deutschen Produkten werde daher sinken, und ein hohes Wirtschaftswachstum, das vor allem auf Export basiert, und daher der Mehrheit der Menschen gar nicht zugute komme, nicht länger aufrecht zu erhalten sein. Auch die Exporte nach Asien stehen unter keinem guten Stern.

Die Region wird ebenfalls von zunehmenden inflationären und Überschuldungsprozessen heimgesucht. Auch Müller glaubt, dass sich etwa beim Platzen der Immobilienblase in China die Lage der chinesischen Wirtschaft nachhaltig verschlechtern werde. Bislang werde diese aber oft als Rettungsanker für die überschuldeten Ökonomie des Westens gesehen. Aufgrund der starken Inflation in China leide das Land bereits heute unter massiven Preisanstiegen.

Auch in Deutschland werde die Teuerung weiterhin zunehmen. Dies zeige sich insbesondere in den hohen Benzinpreisen. Grund dafür seien aber insgesamt die hohen Rohstoffpreise, da gegenwärtig angesichts kollabierender Währungen als Absicherung vermehrt in Rohstoffe und reale Werte investiert werde. Dies führe zur gegenwärtigen Inflation.

- ☐☐ **Hartz IV-Reform: Verfassungsbruch**

Die Einigung auf einen Verfassungsbruch ist im Vermittlungsausschuss durch CSU/CSU, FDP und SPD gemeinsam abgesegnet worden, erklärte Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke. "Die Ergebnisse der wochenlangen Verhandlungen sind skandalös. Der Verfassungsbruch durch einen kleingerechneten Hartz-IV-Regelsatz wird nicht verhindert."

Die Linke habe seriös ermittelte Berechnungen vorgelegt und den drohenden Verfassungsbruch bereits im Vorfeld aufgezeigt. Die Regierung habe aber die Einwände zur Seite gewischt und die SPD habe klein beigegeben. Neben einem zu niedrigen Regelsatz gebe es auch keinen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Auch Lohndumping durch Leiharbeit werde nicht gestoppt. Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket werde von den Hartz IV-Betroffenen bereits durch das gestrichene Elterngeld und die

fehlende Regelsatzerhöhung für Kinder selbst bezahlt, so Enkelmann. "Auch das Vermittlungsverfahren kann nicht ohne Nachspiel bleiben. Die Linke wurde durch die Verlagerung der Verhandlungen in sachsen-anhaltische Hinterzimmer ausgegrenzt.

Auf die wohl begründete Kritik der Linken legten die anderen Parteien keinen Wert. Letztlich hat die Bundesregierung mit einem geradezu dreisten

Manöver die Zustimmung zum Verfassungsbruch erkaufte.“ Das letzte Wort werden daher wohl wieder einmal die Gerichte haben. „Die Linke wird sich für eine möglichst schnelle Überprüfung des Gesetzes vor dem Verfassungsgericht durch eine Normenkontrollklage einsetzen.“

- □ □ **Netzwerk**

Grundeinkommen zur Hartz IV-Reform

Zur Einigung auf das
Hartz-IV-Gesamtpaket erklärt
der Netzwerkrat des
Netzwerkes

Grundeinkommen: Die
Verhandlungen mit dem
willkürlichen hin- und

herschrieben bei der
Regelsatzhöhe macht
eindrucksvoll deutlich, wie
SPD und CDU das Urteil des
Bundesverfassungsgerichts
missachten. Das Netzwerk
Grundeinkommen sieht in der
wachsenden Zustimmung
zum Bedingungslosen
Grundeinkommen eine
Bestätigung der
Notwendigkeit einer
grundlegenden Reform.

Hartz IV ist offensichtlich von den regierenden politischen Parteien nicht zu retten. Beschämend ist insbesondere, dass rund 5,9 Millionen Menschen in Deutschland sich gezwungen sehen, mit weniger als Hartz IV – also in verdeckter Armut – zu leben, weil dieses bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungssystem sie durch Diskriminierung, Stigmatisierung und

bürokratische Hürden daran hindert, ihnen zustehende soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Das Netzwerk
Grundeinkommen fordert die sofortige Streichung der Paragraphen 31 und 32 bei Hartz IV, da die dort vorgesehenen Sanktionen grundrechtliche

Erfordernisse verletzen. Darüber hinaus setzt sich das Netzwerk Grundeinkommen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und damit für eine verfassungskonforme Mindesteinkommenssicherung ein, bei der die Wahrung der Würde aller Menschen und die Beseitigung von Stigmatisierungen vor allem bei den gegenwärtig Erwerbslosen gesichert wird.

- ☐ ☐ **Generalstreik in Griechenland**

In Griechenland hat am Mittwoch ein Generalstreik stattgefunden. Dabei haben sich auch rund

30.000 Demonstranten vor dem Parlament in Athen versammelt. Die Proteste richten sich gegen die Sparpolitik der Regierung. Erneut kam es auch zu gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei. Der Verkehr brach größtenteils zusammen, Geschäfte wie auch Schulen und

Arztpraxen blieben geschlossen.

In Griechenland kommt
es seit dem Frühjahr des
vergangenen Jahres
regelmäßig zu
Demonstrationen und
Generalstreiks. Die
griechische Regierung

fährt auf Druck der EU und des IWF einen harten Sparkurs um an Finanzhilfen zu kommen, seitdem der Staat durch Ratingagenturen indirekt für "pleite" erklärt wurde. Die Sparmaßnahmen betreffen vor allem Beamte, sowie Renter und Angestellte in der Privatwirtschaft.

- Libyen nach Gaddafi?

(ots) - Die Lausitzer
Rundschau über
wahrscheinliche Ende
des Gaddafi-Regimes
: Gaddafis

jahrzehntelange
Herrschaft in Libyen
steht vor dem
Zusammenbruch. Das
Regime ist auseinander
gefallen, der
überwiegende Teil der
Armee zur Opposition
übergelaufen. Unklar ist
nur noch, wie lange
sich das Ende Gaddafis

hinzieht. Wie viel Blut noch vergossen wird, bis die Libyer ihren grausamen Diktator endgültig besiegt, die Kontrolle auch in der Hauptstadt Tripolis übernommen haben.

Doch was kommt nach
Gaddafi? Wer kann
Libyen aus dem Tal
der Anarchie und des
Chaos führen?
Gaddafis Sohn Saif
al-Islam, der jahrelang
als Hoffnungsträger für
einen Wandel in Libyen
gesehen wurde,
sicherlich nicht.

Spätestens mit seiner
Brandrede gegen die
libyschen
Demonstranten, denen
er ganz im Stil seines
größtenwahnwitzigen
Vaters mit Krieg und
Vergeltung drohte, hat
er seine Chancen
beerdigt.

Eine organisierte
Opposition gibt es nicht
in Libyen. Der
Gaddafi-Clan hatte das
Land, die Macht und
die Öl-Reichtümer der
"Volksrepublik" unter
sich und seinen
Günstlingen aufgeteilt.

Parteien waren
verboten.
Regimegegner,
darunter auch viele
Islamisten, wurden
umgebracht, ins
Gefängnis geworfen
oder ins Exil vertrieben.

Nur im Ausland konnte die Opposition sich organisieren, etwa unter dem Dach der "Nationalen Rettungsfront". Das wird den Neuanfang schwierig, aber nicht unmöglich machen. Die wichtigen Vertreter der Gesellschaft, die sich

traditionell in
Volksstämme aufteilt,
werden sich an einen
Tisch setzen müssen:
Stammesführer, die
Armee und
Oppositionelle.

Als stärkste

Oppositionskraft
gelten übrigens die
Muslimbrüder, welche
gerade im Osten
Libyens, dort wo der
Aufstand gegen
Gaddafi seinen
Anfang nahm, ihre
Hochburg haben. Die
Libyer, eine sehr

junge Generation mit
einem
Durchschnittsalter
von 25 Jahren, haben
bisher bewiesen,
dass sie
Verantwortung
übernehmen können.
Mit ihrer
überraschenden

Revolution gegen den
wohl schlimmsten
Diktator der
arabischen Welt.

Und ihrer
erstaunlichen Reife,
die ihnen nun hilft, in

den von ihnen
eroberten Städten
und Provinzen mit
Bürgerkomitees die
zusammengebroche
ne Ordnung wieder
einigermaßen
herzustellen. Die
Menschen in Libyen
haben gerade gelernt,

dass sie mit Einheit,
Mut und Reformwillen
Berge versetzen
können. Und das
macht Hoffnung, dass
die libysche
Revolution nicht zum
Bürgerkrieg, sondern
in eine bessere und
gerechtere Zukunft

Geschrieben von: Baraka

Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr

führt.

- □ □ Arabische Regimes schränken Presse- und Informationsfreihe it ein

Journalisten, die
über die Unruhen in
Ländern des Nahen
Ostens und
Nordafrikas
berichten, waren in
den vergangenen
Wochen massiven
Repressionen

ausgesetzt. In
Libyen, im Jemen,
in Bahrain, im Iran,
im Irak und in
Algerien versuchen
die Regierungen,
die
Medienmitarbeiter
an ihrer Arbeit zu

hindern: Reporter
ohne Grenzen
(ROG)
dokumentierte in
den vergangenen
zwei Wochen
zahlreiche tätliche
Übergriffe gegen
Journalisten und

Festnahmen durch Sicherheitskräfte und Unterstützer der Regierungen. Zudem wurde in den meisten der Staaten die Online-Überwachung verschärft.

In Libyen ist der
von den Behörden
verhängte
Nachrichtenblackou
t weiter wirksam.
Es ist für
Journalisten

praktisch
unmöglich, ihrer
Arbeit
nachzugehen. Die
wenigen
ausländischen
Korrespondenten,
die bereits vor
Ausbruch der Krise

im Land waren,
stehen unter
starker
Überwachung.
Nach Informationen
von
Netzwerk-Sicherheitsfirmen wurde das
Internet in dem

nordafrikanischen
Land seit dem 18.
Februar mehrmals
abgeschaltet.
Offenbar sind auch
alle Telefondienste
– Festnetz und
Mobilfunk – seit
dem 21. Februar

unterbrochen.

Auch im Jemen
sind die
Anti-Regierungsde
monstrationen seit
Ende Januar

begleitet von einer
Serie der Gewalt
gegen
Medienvertreter. In
Bahrain wurden in
der vergangenen
Woche
amerikanische
Journalisten

angegriffen,
geschlagen und
beschossen. Sie
beobachteten und
filmten die
gewaltsame
Niederschlagung
der
Demonstrationen

auf dem
Perlenplatz der
Hauptstadt
Manama.

Die
Geschwindigkeit

der
Internetverbindung
en wurde in
Bahrain stark
gedrosselt, Seiten
mit Filmen und
Bildern der
Proteste blockiert.
Ausländischen

Journalisten wurde
die Einreise in das
Land verweigert. Im
Iran hat das
Regime die Zensur
der Neuen Medien
seit den Protesten
am 20. Februar
wieder verschärft:

Die
Geschwindigkeit
der
Internetverbindungen
wurde stark
gedrosselt und in
einigen Teilen

Teherans,
Isfahans, Schiras
und Maschads
sogar vollständig
gekappt.
SMS-Dienste sind
unterbrochen,
Fernseh-Übertragun-
gen unterliegen

starken Störungen.
Unabhängige
Nachrichtenseiten
und oppositionelle
Seiten sind
Cyberattacken
ausgesetzt.

- □ □

Ausschreitungen in Dresden

Zu schweren Ausschreitungen

kam es anlässlich
genehmigter
Demonstrationen
Rechtsextremer
am 19. Februar in
Dresden. Mehrere
tausend
gewaltbereiter

Linksextremisten
durchbrachen
Polizeiketten,
bewarfen die
Einsatzkräfte mit
Flaschen,
Pflastersteinen
und

Feuerwerkskörper
n, demolierten
Fahrzeuge und
steckten
Barrikaden in
Brand.

"Bei dem Versuch, beide politischen Lager auseinanderzuhalten, wurden 82 Kolleginnen und Kollegen verletzt, sieben davon

schwer. Die
Polizei nahm 78
Personen fest und
erstattete 60
Strafanzeigen
wegen
Körperverletzung,
Sachbeschädigung

g und anderen
Straftaten."

Das Dresdner
Verwaltungsgeric
ht hatte den
sogenannten

"Neonazis"
erlaubt, an drei
unterschiedlichen
Orten in Dresden
aufzumarschieren
, anstatt zu einer
gemeinsamen
Veranstaltung

verpflichtet zu
werden. Zudem
hatte das
Verwaltungsgeric
ht in mehreren
Entscheidungen
mit
ungewöhnlicher

Schärfe die
Polizei
verpflichtet, das
Demonstrationsre
cht der Rechten
zu schützen.

Um dieser
Verpflichtung
angesichts der zu
erwartenden
immensen
Übermacht an
Gegendemonstra
nten überhaupt

nachzukommen
zu können, hatte
die
Polizeidirektion
Dresden noch bis
in die späten
Abendstunden
des Vortages

zahlreiche
Versuche
unternommen, die
genehmigten
Aufzüge der
Rechte auf einen
Platz zu
konzentrieren, um

sie von den
Gegendemonstra
nten zu trennen.
Auch darauf ließ
das
Verwaltungsgeric
ht sich nicht ein
und brachte die

Polizei in eine
verfahrene
Situation.

Hagen Husgen,
Vorsitzender des

GdP-Landesbezir
ks Sachsen:
"Während bis zu
den
Mittagsstunden
lediglich einige
Hundert
Rechtsextreme in

der Stadt gezählt
wurden, strömten
Tausende von
Gegendemonstra
nten, darunter
rund 3.000
autonome
Gewalttäter, auf

allen

Zufahrtswegen in
die Stadt.

Teilweise wurden
Busse noch auf

der Autobahn
verlassen, um an
polizeilichen
Kontrollpunkten
vorbei in die
Stadt einsickern
zu können."
GdP-Vorsitzender

Bernhard
Witthaut: "Unsere
Befürchtungen
sind übertroffen
worden. Die
angeblich
gewaltlosen
Gegendemonstra

nten haben sofort
und mit brutaler
Härte die Polizei
angegriffen."

Bereits im Jahr

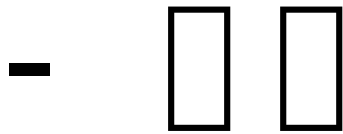
zuvor war aus
dem gleichen
Anlass, dem
Gedenken an die
Bombardierung
Dresdens, den
Neonazis
aufgrund von

Massenblockade
n die
Durchführung
ihres
Aufmarsches
von der Polizei
untersagt
worden. Das

Dresdner
Verwaltungsgeric
ht hat der Polizei
daraufhin
vorgeworfen, sie
habe es
rechtswidrig
unterlassen,

durch Einsatz
geeigneter
polizeilicher Mittel
den Aufzug der
Rechten zu
gewährleisten,
und sie dadurch
in ihrem

Grundrecht auf
Versammlungsfre
iheit verletzt. Auf
einen
polizeilichen
Notstand dürfe
sie sich nicht
berufen.



Menschenkette gegen Atomkraft

Am 12. März
wollen der Bund
für Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
(BUND), die
Anti-Atom-Orga

nisation
"ausgestrahlt",
Campact, Robin
Wood und die
Naturfreunde
Deutschlands
mit mehreren

zehntausenden
Teilnehmern
zwischen dem
Atomkraftwerk
Neckarwesthei
m und der
baden-württemb

ergischen
Landeshauptsta
dt Stuttgart eine
Menschenkette
gegen die
Atomkraft
bilden.

Schon am
kommenden
Samstag sollen
bundesweit in
rund 40 Städten

Auftakt-Mensch
enketten
stattfinden. Von
Niebüll an der
Grenze zu
Dänemark bis
Lindau am

Bodensee
sollen die
Auftakt-Veranst
altungen für die
große
Menschenkette
am 12. März

mobilisieren und
Zeichen für den
Atomausstieg
setzen.

"Jetzt tragen wir

den Protest
gegen die
Atomkraft zu
den Kraftwerken
und setzen die
Bundesländer
unter Druck,

Meiler für Meiler
vom Netz zu
nehmen. Die
kommende
neue
Landesregierung
in

Baden-Württem
berg muss den
Anfang machen
und die ersten
Atomreaktoren
abschalten",
sagte

Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz.

"Der Protest in

Baden-Württem
berg am 12.

März wird sich
bis nach Berlin
auswirken und
die

Energiepolitik

der
Bundesregierung
entscheidend
beeinflussen", s
agte der
BUND-Vorsitze
nde Hubert

Weiger.
"Ein
energiepolitisch
er Kurswechsel
im Südwesten
bedeutet das
Aus für die

Pro-Atom-Allian z."

Wenn zwei
Wochen nach

dieser
Demonstration
in
Baden-Württem
berg gewählt
werde, stehe
eine neue

Landesregierung
in Sachen
Atompolitik vor
einer
entscheidenden
Herausforderun
g, so die

Verbände. Als
oberste
Atomaufsichtsbe-
hörde und
Miteigentümerin
des
Betreiberkonzerns

ns EnBW
(Energie
Baden-Württem
berg)
entscheide sie
über den
Weiterbetrieb

bzw. die
Stilllegung von
vier
baden-württem
bergischen
Atomkraftwerke
n.

Weitere
Informationen
auf [www.anti-at
om-kette.de](http://www.anti-at
om-kette.de)

- □ □

Plagiatsaffäre

(ots) - Die

Rheinische Post über die Reaktionen auf Plagiator zu Guttenberg : Hat in unserer

Nachkriegsrep
ublik jemals
ein Mensch
die Geister
derart
aufgewühlt wie
Karl-Theodor

zu

Gutenberg?

Ja, Thilo

Sarrazin. Aber

beim

sozialdemokra

tischen

Bundesbank
ging es um die
Sicht auf
Integration in
unserem Land
und darum,
wie wir mit

Provokation
umgehen.
Beim
christsozialen
Baron geht es
mittlerweile
offenkundig

um uns selbst.
Anders ist die
Leidenschaft
nicht zu
erklären, mit
der die
Deutschen

aneinander
zweifeln.

Wie kann es
sein, dass sich

75 Prozent der
Bürger derart
emotional
aufgeladen
hinter
Guttenberg
stellen, obwohl

dieser gegen
bürgerliche
Kernüberzeug
ungen von
Ehrlichkeit,
Redlichkeit
und

Verlässlichkeit
verstoßen hat,
fragen sich
kopfschüttelnd
die übrigen 25
Prozent.
Umgekehrt

bekommen
diese von den
Guttenberg-Fa
ns
vorgehalten, in
überheblichen
Reflexen

gefangen zu
sein und die
herausragend
e Statur dieses
Ausnahmefalles
zu
verkennen.

Gutenberg
selbst füttert
den Konflikt
jeden Tag mit
neuer

Munition.
Seine
Entschuldigung
für
atemberauben
d weitflächige
Plagiate und

sein Verweis,
halt ein
Mensch mit
Fehlern und
Schwächen zu
sein,
empfinden die

einen als
widerliche
Inszenierung,
die anderen
als Beweis für
die Integrität
des zu

Unrecht
Verfolgten.
Dieses
Phänomen
schreit
danach,
wissenschaftlic

h untersucht
zu werden.
Wohlan, Ihr
Guttenberg-Do
ktoranden!

Geschrieben von: Baraka

Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr

- ☐ ☐ **Kein**

Doktor mehr

Die
Universität

Bayreuth hat den Dokortitel von Verteidigungs minister

Karl-Theodor
zu Guttenberg
aberkannt.

Dies teilte der
Präsident der
Universität, R

üddiger
Bormann
am
Mittwochaben
d
mit. Der

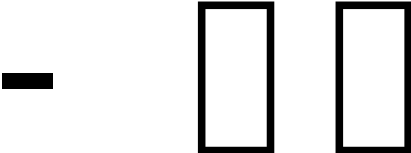
Entscheidung
war eine
Sitzung der
zuständigen
Promotionsko
mmission der

Rechts- und Wirtschaftswi ssenschaftlich en Fakultät der Universität

vorausgegangen.
Mit einem
Brief an die
Universität
hatte zu
Gutenberg

zuvor darum
gebeten,
seinen
Dokortitel
abzuerkennen
.

Geschrieben von: Baraka
Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr



Keine Fusion von BKA und Bundespoli zei

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert Bundesinnen minister Dr.

Thomas de
Maizière auf,
die geplante
Fusion von
Bundespoliz
ei und

Bundeskrimi
nalamt zu
begraben.
GdP-Bundes
vorsitzender
Bernhard

Witthaut
sagte
anlässlich
eines
Treffens mit
dem

BKA-Präside
nten Jörg
Ziercke in
Berlin: "Die
nun
abgeschlossen

ene
Überprüfung
der von der
Kommission
vorgeschlag
enen

detaillierten
Empfehlunge
n zeigte,
dass eine
Fusion
weder

erforderlich
noch sinnvoll
ist."

Unterstützun
g erhält
Witthaut von
den
Vorsitzenden
seiner

Organisation im Bundeskrimi nalamt und in der Bundespoliz

ei, Jürgen
Vorbeck und
Josef
Scheuring.
Nach ihrer
Bewertung

der
Kommission
sarbeit
blieben als
Handlungsbe
darf eine

intensivere
und
strukturierter
e
Kooperation
und

Koordination der Behörden in gemeinsame n Aufgabenber

eichen wie
der
polizeilichen
Informationst
echnologie
übrig.

Witthaut:
"Um die
Wände zu
tapezieren,
reißt man
kein Haus

ein und baut
es an
anderer
Stelle neu.
Daher
erneuert die

GdP ihre
Forderung
nach einer
sofortigen
Beerdigung
der

Fusions-Pläne
e und nach
einem klaren
Bekenntnis
des
Bundesinnen

ministers zu
seinen zwei
Sicherheitsb
ehörden
Bundespoliz
ei und des

BKA in deren
momentanen
Gestaltung."

Witthaut:

"Das ist er
den hoch

engagierten
und
geforderten
Beschäftigte
n beider
hoch

leistungsfähigen
Polizeien
schuldig."

Geschrieben von: Baraka

Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr

{jcomments
on}